

# Die neue politische Notverordnung.

GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

# Der FUNKER

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich, einschließlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 5a. Fernruf: F 7 Jannowitz 9909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 276 B

BERLIN • Mittwoch, den 21. Dezember 1932

1. JAHRGANG

# Die Linke ist vogelfrei!

AUS DEM INHALT:

Ölkrise, Öl und Krieg.  
Reaktion und Krise.  
Deutschland, ein Kulturland?  
Schikanen gegen Kommunisten.  
Deutsche Kriegsschuldige.  
Zwei Russenfilme.

## Funken am europäischen Pulverfaß.

H. M. In der kleinen Stadt Trau, die in Dalmatien, an der adriatischen Küste, liegt, haben jugoslawische Demonstrationen stattgefunden, die gegen Italien gerichtet waren. Die Häuser wurden teilweise zerstört, die Markuskulöwen, zum Teil beschädigt, zum Teil völlig zerstört.

Diese Begebenheit hat Anlaß gegeben zu einer wüsten gegenseitigen Hetze, die sowohl in Italien als auch in Jugoslawien mit großem Eifer betrieben wird. Mussolini beschwerte sich nicht nur bei den Ausschreitungen, sondern bot auch seine ganze demagogische Redekunst auf, um die kampffreudigen Faschistengruppen gegen den östlichen Nachbarn aufzuputchen. Die Demonstration jugoslawischer Chauvinisten bezeichnete er als „einen wichtigen Teil jugoslawischer Politik“, die Belgrader Regierung arbeite auf einen Konflikt hin u. s. w. Schließlich mußte in Rom die Polizei eingesetzt werden, damit Mussolinis Schwarzhemden sich nicht gleich vor der jugoslawischen Botschaft im Sinne der Rede ihres Herrn betätigten. Aus dem Protest über die Zerstörung der Markuskulöwen wurde die Forderung „Dalmatien sei unser“.

Nicht viel anders steht es auf der anderen Seite, in Jugoslawien. Gerade im Laufe der vergangenen Wochen ist hier die Hetze gegen Italien eifrig gepflegt worden. Italienischen Provokateuren wurde die Schuld an den kroatischen Bauernaufständen zugeschoben, in der Nähe der Grenze fanden Demonstrationen gegen Italien statt, Italiener wurden verfolgt. Welches sind die Ursachen dieser Bewegung?

Wir wissen schon einmal darauf hin, daß die französischen Annäherungsversuche an Italien in Belgrad mit großem Mißtrauen aufgenommen werden. Frankreich hat einen großen Teil seines Interesses für den Balkan verloren, nicht zuletzt wegen der elenden Wirtschaftslage dieser Länder. Besteht nicht die Gefahr, daß Frankreich versuchen wird, sich die italienische Freundschaft auf Kosten Jugoslawiens zu sichern?, so fragt man sich besorgt in Belgrad. Wenn auch vielleicht nicht ohne weiteres Dalmatien an Italien angegliedert werden kann, so bestünde doch die Möglichkeit, wenigstens Kroatien selbständig zu machen, so „selbständig“, daß Italien dort, wie in Albanien, freie Hand hätte. Die hier vermutete Gefahr schürt den Haß gegen Italien.

Noch aus anderen Gründen drohen die zwischen Jugoslawien und Italien sprühenden Funken das europäische Pulverfaß zu entzünden: die schlechte Wirtschaftslage, die häufigen Regierungskrisen, vor allem aber die kroatische Aufstandsbewegung lassen es den jugoslawischen Machthabern erwünscht erscheinen, die innenpolitischen Schwierigkeiten durch eine recht aggressive Außenpolitik zu vertuschen, die geeignet ist, eine nationale Einheitsfront zu schaffen. Die Ideen des Herrn von Schleicher sind also, wie man sieht, und was manche sowieso wußten, nicht sehr originell. Gerade jene Politik ist es aber, die das Pulverfaß zur Explosion bringen kann — zu jener Explosion, die auch zur Ankurbelung der Wirtschaft, vor allem der Schwerindustrie dient.

Während der Kampf zwischen Jugoslawien und Italien noch weiter geht, findet in Belgrad, von chauvinistischen Demonstrationen umtobt, eine Konferenz der kleinen Entente statt. Zum ersten Mal seit Ende des Krieges hat die kleine Entente es für nötig befunden, zweimal in einem Jahr zusammenzutreffen, zweimal noch dazu in Belgrad, dem brenzlichsten Brennpunkt des Balkans. Und es war auch gerade in diesem selben Jahr, daß die kleine Entente eine Generalkonferenz veranstaltet hat.

## Die Immunität wird gebrochen.

Der Oberreichsanwalt hat am Montag den kommunistischen Reichstagsabgeordneten John Schehr, Mitglied des Zentralkomitees der KPD, verhaften lassen.

Weshalb, wird nicht mitgeteilt. Die Hausdurchsuchung in der Wohnung Schehrs verlief ergebnislos; aber es blieben nach der Verhaftung Polizeibeamte in der Wohnung zurück. Das ist besonders unerhört, und die „Rote Fahne“ sagt mit Recht: „es besteht die Möglichkeit, daß man nunmehr etwas finden wird.“ Dazu kommt die Verletzung der Reichsverfassung und der im Artikel 37 zugesicherten Immunität der Reichstagsabgeordneten. Man hält es nicht einmal für nötig, ein Wort der Erklärung hierüber zu äußern.

Dies ist eine Herausforderung aller, für die das Wort „Recht“ nicht zur leeren Phrase herabgesunken ist. Die gesamte anständige Presse hat hier

die Pflicht zum schärfsten Protest.

Wo sind die Richter, die Staatsanwälte, die Juristen, die zum Recht stehen? Ihre Sache ist es vor allem, um die es hier geht! Liepmann, der verstorbene Hamburger Landrichter, war vor Jahren einer ihrer mutigen Wortführer, und es wäre ein Zeichen für die von ihm gegeißelte „Verwilderung des Rechtsbewußtseins“, wenn gegen Vorfälle, wie den hier vorliegenden, die Anwälte des Rechts nicht mit einer Aktion hervortreten, die endlich untersucht, ob der Oberreichsanwalt nicht wegen Amtsmissbrauchs zur Verantwortung gezogen werden sollte, der Oberreichsanwalt, der gegen Kommunisten aktiv ist, aber Herrn Best nie verhaftet, vielmehr das Verfahren gegen ihn eingestellt hat.

Gegen Ludwig Renn, der am 27. November verhaftet worden war, hat jetzt das Reichsgericht die Voruntersuchung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Teilnahme an einer verbotenen Verbindung“ eröffnet.

Eine „verbotene Verbindung“ ist nach der von Liepmann schon vor Jahren gegeißelten Reichsgerichtspraxis z. B. der

Funktionärkörper der KPD. Untersuchungsrichter im Verfahren gegen Renn ist Landgerichtsdirektor Braune (Berlin). Renn wird beschuldigt, in Zeichnungen und Briefen Umsturzpläne verbreitet zu haben.

„Nieder mit Schleicher!“ Mehrere Tausend Flugblätter

mit dieser Überschrift wurden in Gera von der Polizei beschlagnahmt. Die Verfasser hat man noch nicht; die Polizei versichert, wenn man sie erst hätte, werde ein Hochverratsverfahren gegen sie eingeleitet werden. Denn die Flugblätter enthielten eine Aufforderung, „zum Massenstreik gegen die faschistische Generalsdiktatur zu rüsten und im Feuer der Tageskämpfe die Kräfte zum Sturz des gegenwärtigen Systems zu formieren“.

Dies sind wenige von vielen Fällen neuer Kommunistenverfolgungen; an anderer Stelle bringen wir eine lange Liste.

Der neue Kurs ist klar erkennbar:

während die Sonderjustiz dazu dienen konnte, namenlose Parteiarbeiter in Landfriedensbruch-Prozessen und Zuchthausjahren zu zermürben, zielt der mehr mit dem Mittel des „Hochverrats“ operierende neue Kurs des Polizei- und Justizapparats unmittelbar auf den Funktionärkörper der KPD ab — sicher eine wirksamere Art der Kommunistenbekämpfung.

Wir wollen aber daran arbeiten, daß auch mit dieser raffinierten Unterdrückungstechnik die Machthaber sich in ihre eigenen Finger schneiden; wollen an der Aufklärung über sie arbeiten; wollen daran arbeiten, daß aus solcher Erkenntnis die Empörung erwächst, daß diese Empörung organisiert wird, und zwar solidarisch von allen Klassenkämpfern. Wir können dies nur tun, indem wir unsere Zeitung mit der uns aufgezwungenen Zurückhaltung schreiben, und wir bitten deswegen erneut unsere Genossen, sie mit Aufmerksamkeit zu lesen.

## Das Elend der Jugend.

Ladenplünderungen.

Am Montag abend kam es in Koblenz in verschiedenen Stadtteilen zu Demonstrationen von Erwerbslosen, die in drei Lebensmittelgeschäften die Schaufenster einschlugen und die Auslagen plünderten. Die Plünderer hatten es hauptsächlich auf Weihnachtsbraten, wie Gänse und Wildpret, abgesehen. Die Polizei schritt ein und verhaftete sechs Verdächtige.

In Berlin fanden Montag abend in der Schönhauser Allee Ladenplünderungen statt. In einem Geflügelgeschäft wurden 30 bis 40 Gänse und andere Lebensmittel, in einer Schlächterei Würste und Speckseiten geraubt, nachdem vorher die Fenster eingeworfen worden waren. In der Manteufelstraße raubten 8 bis 10 junge Burschen Wurstwaren. Die Täter entkamen unerkannt.

Hungermarsch der Tippelbrüder und Jungerwerbslosen auf Berlin.

Die Jugend hat unter dem Massenelend besonders zu leiden. Da sie wehrlos ist als erwachsene Erwerbslose, wird im Klassenstaat bei ihr zuerst gespart. Das sah man kürzlich wieder, als die Altersgrenze für die Fürsorgezöglinge von 21 auf 19 Jahre herabgesetzt wurde.

Die Fragen, die auf der Konferenz zur Debatte stehen, sind alle überschattet von der Kriegsgefahr, die über Europa liegt: Einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung ist die Gleichberechtigung. Von der Gefahr der italienisch-ungarischen Freundschaft, die durch den Amtsantritt von Gömbös sehr verstärkt worden ist, von der Furcht, daß Frankreich sich vom Balkan abwenden wird, ist in Belgrad angeblich die Rede.

Wie lange wird das Pulverfaß dem sprühenden Funkenregen noch standhalten?

Am Montag wurde die Sondertagung der Kleinen Entente abgeschlossen. Die beteiligten Außenminister bewahren strengstes Stillschweigen. Angesichts der zwischen Rumänien und Jugoslawien zur Verhandlung stehenden Fragen ist es von Bedeutung, daß der rumänische Außenminister, Titulescu, am Dienstag noch zu Besprechungen in Belgrad bleibt.

# Weihnachtsferien in Genf.

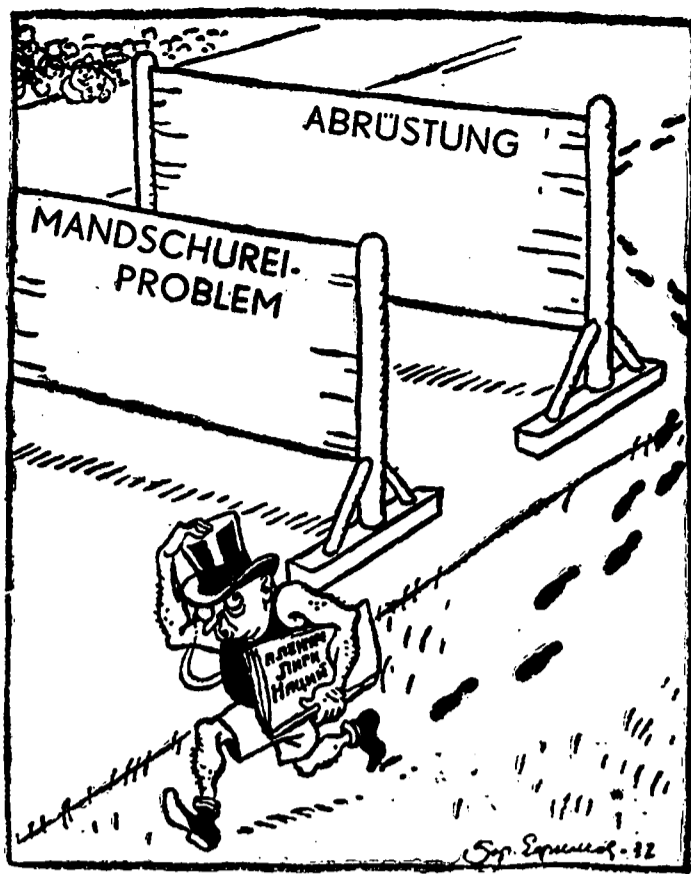
Der Völkerbundsrat macht sich in diesen Tagen daran, die Streitfälle, die ihm zur schnellen Erledigung vorliegen, wegen hoffnungsloser Schwierigkeiten bis zum Januar des nächsten Jahres zu vertagen.

Der englisch-persische Oelkonflikt, über den wir im Wirtschaftsteil dieser Nummer ausführlich berichten, ist nach kurzer Erörterung vertagt worden, wahrscheinlich in der stillen Hoffnung der Ratsmitglieder, daß die beiden streitenden Parteien sich bis dahin selber geeinigt haben würden.

Der deutsch-polnische Streit über die polnischen Agrarmaßnahmen gegen deutsche Minderheiten endete mit einem scharfen Wortwechsel zwischen dem deutschen und dem polnischen Vertreter. Der Ratspräsident griff schließlich ein mit einem Appell an den guten Willen der beiden Regierungen. Daraufhin wurde die Verhandlung vertagt.

Seit Wochen liegt der mandschurische Konflikt der Vollversammlung des Völkerbundes zur Beratung vor. Die alten Gegensätze stehen einander ungelöst gegenüber: Japan ist nur unter der Bedingung zu Verhandlungen bereit, daß Mandschukuo als „selbständiger“ Staat anerkannt wird. China weist diese Bedingung als unannehmbar zurück. Und weder die Völkerbundsversammlung noch der Neunzehnerausschuß raffen sich in diesem Konflikt zu einem entscheidenden Entschluß auf!

Ein Lichtblick neben all diesen unerledigten und hingeschleppten Fällen scheint ein Bericht über den Gran-Chaco-Streit zu sein, der in Genf eingetroffen ist. Danach hat der in Washington tagende Ausschuß der Neutralen, die sich seit Monaten bemühen, zwischen Bolivien und Paraguay zu vermitteln, einen Waffenstillstands- und Schlichtungsvorschlag ausgearbeitet, der den beiden streitenden Parteien annehmbar zu sein scheint. Solchen Meldungen gegenüber ist nach den bisherigen Erfahrungen Vorsicht geboten. Aber sollte etwas erreicht worden sein — der Völkerbund ist ganz gewiß unschuldig daran!



(Aus den „Iswestija“.)

Wie man in Genf Hürden nimmt.

## Schweizer Bundesversammlung über das Genfer Blutbad.

Das Bürgertum geeint gegen die Arbeiterparteien.

Am Montag fand in der Schweizer Bundesversammlung eine Aussprache über die blutigen Zusammenstöße vom 9. November in Genf statt. Unter Zurückstellung aller parteipolitischen Differenzen gaben die bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der es unter anderem heißt: „Wir dulden nicht, daß in unserem Lande die politischen Auseinandersetzungen auf die Straße getragen werden und daß die Straße über die Geschicke des Volkes entscheidet. Wir dulden nicht, daß die Ordnung in unserem Lande gewaltsam gestört wird, und wenn Ausländer sich an Unternehmungen gegen Staat und Ordnung beteiligen, verlangen wir, daß sie ausgewiesen werden.“

Die Erklärung zeigt mit voller Deutlichkeit, wie sehr das Vorgehen der Genfer Arbeiterschaft dem Bürgertum in die Knochen gefahren ist.

## Japan und Rußland.

Aus Tokio wird gemeldet, daß der neuernannte japanische Botschafter für Moskau, Ota, der sich voraussichtlich Anfang nächsten Jahres nach Moskau begeben wird, mit besonderen Vollmachten ausgerüstet worden soll, um eine weitere Annäherung zwischen Rußland und Mandschukuo herbeizuführen.

Diese Meldung ist um so beachtenswerter, als erst vor einer Woche die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und China in Japan große Verärgerung hervorgerufen hat.

## Neue japanische U-Boot-Zerstörer.

Die japanische Kriegsmarine plant angeblich die Einführung neuer U-Boot-Zerstörer, die 500 Tonnen Wasserverdrängung haben sollen, sehr schnell sind und mit Hilfe von Flugzeugen die Verfolgung von U-Booten aufnehmen können. Der erste dieser Zerstörer soll auf Kiel gelegt werden, sobald das japanische Parlament den Haushaltsplan für das nächste Jahr gebilligt hat.

## Zwei Russenfilme in der Berliner „Kamera“.

R.H. Wir schlendern am Sonntag nachmittag durch die Friedrichstadt mit der Absicht, einen schönen Film ausfindig zu machen, der den Sinn über den deutschen Alltag emporhebt. In allen Kinos der Gegend beherrscht die Unkultur und der Kitsch den Spielplan; nur die kleine „Kamera“, Unter den Linden, ist eine Oase in dieser wüsten Zeit.

„Turksib.“ Epos eines Eisenbahnbaus. — Auf der einen Seite: Das heiße Turkestan, Land der schneeweißen Baumwolle, der weiten Steppen und riesigen Schafherden. Der Monsun rast von den nahen Bergen über die Steppen und Wüsten. Doch auch er bringt nicht das von Menschen, Tieren und Pflanzen lebend ersuchte Wasser. — Auf der anderen Seite: Sibirien, in Schnee und Eiseskälte. Holz im Überfluß, im fernen Turkestan eine fast unerschwingliche Kostbarkeit. Im Sommer wogende Getreidefelder, Korn im Überfluß für das immer hungrige Turkestan. Zwischen beiden Ländern, deren Naturschätze sich so wunderbar ergänzen, 1400 Kilometer unwegsamen Geländes. — Da greift die aktive Sowjet-Regierung ein. Die transsibirische Eisenbahn (Turksib) wird in Angriff genommen. Von beiden Seiten stoßen die Pioniere der Zivilisation vor. Schwer ist der Kampf mit den Naturgewalten, denn „hart ist die Natur, doch härter ist der Mensch mit seiner Maschine“. In wechselvollen großartigen Bildern wird dieser Kampf zwischen Mensehengeist, Maschinen und Naturkräften gezeigt. Wunderbare Naturaufnahmen. — Und das Werk gelingt! 1930 treffen die beiden Baukolonnen auf einander, die Verbindung ist hergestellt. Die Zivilisation triumphiert!

„Der Mann, der das Gedächtnis verlor.“ Ein kriegsgegnerischer Russenfilm, der zugleich auf spielende Weise die dramatische Aufgabe löst, wie ein direkt aus der Zeit der Zarenherrschaft kommender Arbeiter das neue Rußland erleben würde, welche innere Wandlung die Revolution im russischen Proletariat bewirkt hat. — Bürger-

## Chinas Kampf mit den Kommunisten.

11 chinesische Kommunisten wurden standrechtlich erschossen, da sie den Versuch unternommen hatten, in der Nähe von Hankau ein Pulvermagazin in die Luft zu sprengen.

1161 Tote und 2461 Verwundete hat die japanische Armee nach Meldungen des japanischen Kriegsministeriums bisher im Kampf gegen China verloren.

## Kongreß der Belgischen Sozialdemokratie.

Anlaßlich der Bildung der neuen belgischen Regierung hat die Sozialdemokratische Partei Belgiens einen außerordentlichen Kongreß einberufen, der über die Stellung der Partei zur Regierung zu entscheiden hatte. Der Kongreß beschloß, daß die SP sich an der Regierung — die von den Katholiken und Liberalen gebildet worden ist — nicht beteiligen solle, sondern sie aufs Schärfste zu bekämpfen habe.

## Kriegsopfer fordern Sonderministerium.

Der „Reichsverband deutscher Kriegsopfer“ beschäftigt sich mit der unerträglichen Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Rasche Hilfe wurde von der neuen Reichsregierung gefordert. Der Verband ist sich darüber klar, daß eine durchgreifende Besserung nur zu erreichen ist, wenn Reichsversorgung und Kriegsopferfürsorge aus den Abhängigkeiten befreit werden, die zum Schaden der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen im Laufe der letzten Jahre, zum Teil willkürlich, geschaffen wurden. Im Hinblick hierauf erscheint dem Verband die Herausnahme der Kriegsopferversorgung aus der Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums (!) für unerlässlich. Der „Reichsverband deutscher Kriegsopfer“ fordert die Bildung eines Sonderministeriums, dem die gesamte Versorgung und Fürsorge für die ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und deren Hinterbliebene zugewiesen wird. Durch die Bildung dieses Ministeriums

krieg auf einer Grenzstation. Das Kriegsglück wechselt. Die roten Soldaten müssen sich zurückziehen. Iwan, ein kriegsverletzter Bauernknecht, der sein Gedächtnis verloren hat, findet unter den zurückgelassenen Leichen einen Rotarmisten, den er pflegt und vor der Rachsucht der Weißen schützt. — Einige Jahre später. Die Revolution hat gesiegt, der Wiederaufbau begann. Iwan, der schwachsinnige Bauernknecht hat ein erschütterndes Erlebnis: In einem durchfahrenden Zuge auf der Grenzstation erblickt er die Frau, der viele Jahre seine Liebe galt. Verstört eilt er nach Hause, findet einen alten Orden und — plötzlich zerreißt das Dunkel über seiner Erinnerung: Iwan sieht sich wieder als Unteroffizier in der Kriegshölle an der russisch-deutschen Front: eine einschlagende Granate erschüttert ihn, von da an ist es dunkel in ihm, bis ihm jetzt unter Toben und Brüllen das Bewußtsein der Wirklichkeit wieder wird. — Zurück zu dem geliebten Weibe, zurück in die Heimat, zurück nach St. Petersburg! Doch die Zarenstadt hat sich gewandelt. Ein fremder Mann (Lenin) steht auf dem Sockel vor dem Bahnhof, riesige Häuserblocks sind in der Zwischenzeit entstanden, die Menschen haben freiere Sitten angenommen. Das alles erschreckt den heimgekehrten Soldaten, er findet sich nicht mehr zurecht, verstört und heimatlos irrt er durch die Straßen. Sein früherer Brotherr erzählt ihm von der inzwischen erfolgten Wandlung, schickt Iwan zum Betriebsrat der Fabrik, in der er früher arbeitete. Iwan findet sich noch immer nicht zurecht. Doch die Genossen im Betriebsrat gewinnen bald sein Vertrauen; der Zufall will es, daß der Betriebsratsvorsitzende jener Rotarmist ist, den Iwan vor den Weißen gerettet hatte. Und eine sonderbare Wandlung geht nun in dem gekrümmten, hart mitgenommenen und ratlosen Bauernknecht vor, seine Gestalt strahlt sich, er trägt den Kopf aufrechter, sein Blick wird kühner. Der frihere Lohnarbeiter begreift: hier ist „jeder ein Chef“, er ist Gleicher unter Gleichen. — Noch einmal trifft er seine geliebte Natascha in der großen Stadt. Sie hat sich inzwischen mit einem Intellektuellen wieder verheiratet, einem Sozialisten der Schnauze, der in Vorträgen für die Gleichheit von Mann und Frau eintritt und zu

verspricht sich der Reichsverband auch eine finanzielle und verwaltungstechnische Entlastung der Länder und Kommunen, ohne daß gleichzeitig der Verwaltungsaufwand des Reiches erhöht würde.

## Englische Kriegsschuldenpolitik

Die Regierung von Neuseeland hat sich bereit erklärt, angesichts der englischen Schuldzahlung an Amerika nun auch die eigenen, soll dem Hoover-Moratorium gestundeten Kriegsschulden an England wieder zu zahlen. Wie es heißt, will die englische Regierung dieses Angebot nicht annehmen, da sie auf dem Standpunkt stehe, daß die Bezahlung der Schuld an Amerika keine Wiedereröffnung der vor dem Hoover-Moratorium bestehenden Schuldenlage bedeute und daß das Hoover-Moratorium noch in Kraft sei.

Eine noble Geste, die allerdings wohl weniger der Ritterlichkeit Neuseeland gegenüber entspringt als der Absicht, auf Amerika einen Druck auszuüben!

## Hoovers Schuldenmemorandum an den Kongreß der USA.

Hoover hat dem Kongreß der USA ein Memorandum zur Kriegsschuldfrage überreicht, das, wie es heißt, unter Mitarbeit von Hoovers Nachfolger, Roosevelt, entstanden ist.

Hoover befürwortet die Schaffung eines amerikanischen Ausschusses zur „individuellen Regelung der Kriegsschuldfrage in Verbindung mit der Wirtschaftskonferenz und der Abrüstung“. Das Bundsparlament hat bereits einmal den Vorschlag, eine Kommission für die Kriegsschuldfrage einzusetzen, zurückgewiesen. Hoover betont, daß es für die Regierung nötig sei, den Weg, den sie für richtig halte, weiter zu verfolgen. Er verspricht, daß eine Revision der Kriegsschulden mit den säumigen Schuldnern nicht ehor besprochen werden soll, bis die am 15. Dezember fällig gewordenen Raten gezahlt worden seien. Weiter heißt es: „Zum Schutz unserer eigenen lebenswichtigen Interessen und in Übereinstimmung mit unserer traditionellen Pflicht müssen wir aber dem Verlangen nach Besprechung der Schuldenfrage nachkommen, das die Nationen stellen, die sich bemüht haben, ihre Verpflichtungen uns gegenüber einzulösen.“

Besonders bemerkenswert ist, daß Hoover bei einer Beurteilung der von den Schuldnerländern vorgebrachten Zahlungsverweigerungen das Argument der Zahlungsfähigkeit dieser Länder zurückweist, und zwar mit dem

Hinweis auf die großen Rüstungsausgaben dieser Staaten.

## Das Finanzprogramm der französischen Regierung.

Am Montag fand der erste Kabinettsrat der neuen französischen Regierung statt. Der Finanzminister Chéron erklärte, daß er die Durchführung einer Reform der Staatsfinanzen beabsichtige, die er während seiner früheren Amtstätigkeit im Jahre 1929 begonnen habe.

Im Vordergrund des Interesses steht in Paris augenblicklich die Frage: wie wird Chéron das Budget ausgleichen, wie wird er das Defizit von 12 Milliarden Francs (2 Milliarden Mark) decken, das das Budget bereits aufweist? Die Regierung will sich über die zu ergreifenden Maßnahmen mit den Organisationen der Beamten und ehemaligen Kriegsteilnehmer direkt verständigen, was den Anschein erweckt, als seien die Pläne der Regierung Herriot, das Budget von allem auf Kosten dieser Gruppen auszugleichen, noch nicht völlig fallen gelassen worden. Einen der Hauptpunkte des neuen Finanzprogramms wird aber angeblich die Einführung einer einmalig erhobenen Steuer bilden, die je nach dem Einkommen bis zu 12 Prozent gestaffelt sein soll.

## Explosionen in Londoner Kanalisationsanlagen.

Am Montag kam es in einer Londoner Straße zu Explosionen in den Gas- und Kanalisationsanlagen. Die Straße wurde an vielen Stellen aufgerissen; Kanaldeckel flogen mehrere Meter hoch und Stichflammen schossen empor. In den umliegenden Häusern wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Vorübergehende Schulkinder kamen durch einen Zufall unverletzt davon.

Hause den kleinen Tyrannen spielt. Iwan platzt in eine solche Szene hinein, versucht seine Frau aus dem kleinbürgerlichen Sumpf herauszuholen. Aber es ist zu spät, sie ist zu sehr abgestumpft, Gewohnheitstier geworden: „Alles ist aus.“ — Iwan strafft sich: „Nichts ist aus, es fängt jetzt erst an. Ihr traurigen Ueberbleibsel einer verrotteten Vergangenheit.“ — Zwei Welten im neuen Rußland, die absterbende alte, die noch eine Gnadenfrist hat, und eine aufsteigende neue, der trotz allem unsicheren Tasten, trotz vieler Fehlgriffe und mancher unerwarteter Erfahrungen die Zukunft gehört. — Das gute Spiel des Hauptdarstellers und der ganze Stoff reißen den Zuschauer auch über die Stellen weg, wo die Tendenz des Stücks zu plump durchbricht. Die Orgelbegleitung der „Kamera“ läßt ganz vergessen, daß es sich um stumme Filme handelt.

## Die politische Zigarette.

Jetzt auch Eiserne-Front-Zigaretten mit den 3 Pfeilen. „Die Nazis und die Kommunisten haben schon seit längerer Zeit eigene Zigaretten. Jetzt haben die Anhänger der Eisernen Front ebenfalls ihre eigene Zigarettenmarke. Sie trägt als geschütztes Propagandazeichen die drei Pfeile und das Schutzwort „Eifro“, d. h. Eiserne Front. Die Eiserne-Front-Zigaretten sind in verschiedenen Qualitäten und Preislagen zu haben. Die billigste Sorte heißt „Aktivität“ und kostet 2½ Pf., die mittlere trägt den Namen „Freiheit“, sie kostet 3½ Pf., und die dritte Sorte heißt „Disziplin“, der Preis beträgt 5 Pf.

Diese Freiheitszigaretten sind nicht nur rauchbar, sondern in allen ihren drei Sorten von einer wirklich guten Qualität. Jeder Zigarettenraucher wird nach der ersten Probe davon überrascht sein, daß hier eine Zigarette herausgebracht worden ist, die den bekannten Marken keineswegs nachsteht.“

So lesen wir in Zeitungen der „Eifro“. Interessant ist die Bewertung der drei Tugenden: Aktivität ist am billigsten, dann kommt die Freiheit, und über die Disziplin geht nichts mehr!

# Bericht aus einem Arbeitsdienstlager.

Ein Genosse, der selber an einem Arbeiterverbandslager teilnimmt, schrieb uns den folgenden Bericht. Dieser Brief scheint uns besonders beachtenswert wegen seiner illusionslosen und realpolitischen, d. h. unbefangenen und fast verblüffend unkomplizierten Beurteilung der Frage der Ausrichtung des Freiwilligen Arbeitsdienstes durch Arbeiterorganisationen für ihre Zwecke.

„Gern komme ich Deinem Wunsche nach, Euch über unser Arbeitslager zu berichten. An der Aussprache im „Funke“ hätte ich mich gern beteiligt, jedoch war immer sehr wenig Zeit dafür vorhanden.“

Das Arbeitslager, das wir hier haben und an dem ich beteiligt bin, geht von der Freien Turnerschaft aus. (Mitglied im Arbeiter Turn- und Sportbund.)

Wir bauen uns auf eigenem Gelände seit 1931 einen Sportplatz, bei dem ungefähr 14000 Kubikmeter Erde abzuschachten und auf der anderen Seite wieder aufzufüllen sind. Davon haben wir Mitglieder 3000 Kubikmeter in freiwilliger Arbeit, fast ohne Bezahlung, bewältigt, bis wir den Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) in Anspruch genommen haben. Seit März dieses Jahres werden die Arbeiten vom FAD gemacht. Es kommen Abschachtungs-, Planierungs- und Packlagerarbeiten in Frage. Letztere für eine Rundbahn und Zugangsstraße.

Bewilligt wurden uns auf unseren Antrag einmal 8100 Tagewerke zu 2 Mark und 3600 Tagewerke zu 1,50 Mark. (Ein Tagewerk sind 6 Stunden Arbeitsleistung an einem Arbeitstag für einen Arbeitsdienstwilligen.) Zusammen rund 22000 Mark.

Die Arbeiten werden durchgeführt in einem offenen Arbeitslager. Beköstigung und Kleidung sowie Wohnung bekommen die Jugendlichen von uns nicht.

Für die Arbeitsleistung bekommen sie von uns von den zugewiesenen Geldern pro Tag 2 Mark.

Irgend welche sonstigen Zuschüsse zahlt der Verein nicht. Nur das Werkzeug und das Material stellt der Verein. Der Staat gibt hierzu nichts. Beschäftigt haben wir bis vor einiger Zeit 58 junge Menschen in zwei Schichten, jetzt nur noch 20, der kurzen Tage wegen. Die Arbeitsdienstwilligen sind ausnahmslos junge Arbeiter der verschiedensten Berufe bis zu 25 Jahren und, bis auf wenige Ausnahmen, freigewerkschaftlich organisiert. Wer eingestellt wird, bestimmen wir selber und wir schlagen auch die Teilnehmer vor.

Politisch gehören die Teilnehmer der SPD, SAJ, KJ und dem „Reichsbanner“ an, natürlich sind auch politisch unorganisiert unter ihnen.

Die Arbeitszeit betrug bisher bei uns 5 Stunden am Tag und 1 Stunde Sport. Nach den neuesten Richtlinien des Reichskommissars mußten wir die Arbeitszeit auf 6 Stunden heraufsetzen, die die Mindestarbeitszeit ist. Vorher war in den Richtlinien nichts darüber bestimmt, sodaß das im einzelnen die Träger der Arbeit bestimmen konnten. (Manche Arbeitslager haben denn auch 8 Stunden und noch länger arbeiten lassen, was sie natürlich heute auch noch können.) Darüber hinaus sollen wir die Jugendlichen bis zu insgesamt 10 Stunden am Tage (einschließlich der 6 Stunden Arbeit) zusammenhalten. In den übrigen Stunden sollen Geländeübungen, „Wehrsport“, Wanderungen u. s. w., auch Vorträge, veranstaltet werden.

Dies führen wir jedoch nicht durch, weil das für die jungen Menschen eine zu große Belastung bedeutet und wir auch für „Wehrsport“ nicht zu haben sind. Wir veranstalten dafür an einem Abend jeder Woche 2 Stunden Sport im Rahmen der Freien Turnerschaft, die ich persönlich leite, und an einem Abend in der Woche 2 Stunden Vorträge, Diskussionsabende u. s. w. Die Vorträge und Diskussionsabende gestalten wir vollständig in unserem Sinne aus.

Wir haben z. B. Themen behandelt wie: „Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften und der Nazis“, „Wie kommen Krisen zustande und wie können dieselben

überwunden werden?“, „Die Sozialisierungsvorschläge der SPD“, „Der Unterschied zwischen bürgerlichem und Arbeitersport“ u. s. w.

Alle diese Themen behandeln wir im sozialistischen Sinne und legen uns dabei keinen besonderen Zwang auf.

Nach den Richtlinien dürfen wir keine Parteipolitik treiben und die Veranstaltungen auch nicht als politische aufziehen. Das tun wir natürlich auch nicht; denn vorsichtig muß man dabei sein.

Die Führer- und Aufsichtspersonen stellen wir selber, ebenso die Leiter und Lehrer der Vortragsabende.

Wir arbeiten in jeder Beziehung selbständig in Theorie und Praxis. Auch das Geld zahlen wir selber aus.

In den neun Monaten sind wir bis jetzt zweimal kontrolliert worden von dem Leiter des Arbeitsamtes. Die Kontrolle beschränkt sich darauf, daß alle Arbeitsdienstwilligen zur Stelle sind und daß wirklich Arbeit geleistet wird.

Wir müssen auch jede Woche durch unsere Unterschrift bescheinigen, daß im Sinne der Richtlinien des Freiwilligen Arbeitsdienstes verfahren worden ist.

## Die Schuldigen für den nächsten Krieg.

### Der Professor in der Börsen-Zeitung.

Hr. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ läßt sich von Prof. Gerland eine Beurteilung schreiben über die Genfer Einigungsformel, auf Grund deren Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückgekehrt ist. In diesem Aufsatz stehen u. a. die folgenden drei Urteile, die für den Geist nicht nur des Verfassers, sondern auch dieses Blattes charakteristisch sind:

1. Das Abkommen enthält bekanntlich keine Ausführungsbestimmungen für die grundsätzlich anerkannte Gleichberechtigung. Gerland bemerkt dazu:

„Es heißt mit Worten spielen, wenn man in einer derartigen Erklärung bereits die Anerkennung der Gleichberechtigung erblicken will, wo doch deutlich ausgesprochen wird, daß

das Maß unserer Rüstungsfreiheit

erst durch die Konferenz selbst festgelegt werden soll.“

2. Die Genfer Formel stellt eine neue Kriegsächtung der vertragschließenden Mächte in Aussicht. Gerland antwortet darauf unwillig:

„Jede Kriegsächtung ist im gegenwärtigen Moment für Frankreich lediglich ein Mittel zur Stabilisierung der existenten (bestehenden) Besitzverhältnisse und

muß daher auch vom deutschen Standpunkt aus so gewertet werden.“

3. Zum Gesamtergebnis der Genfer Verhandlungen:

„So dürfte die Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik im Augenblick sein; uns aus der unter dem bloßen, weniger isolierten Stellung zu befreien. Diese Aufgabe kann nicht in Genf gelöst werden. Aber vielleicht kann uns anderswo,

sagen wir in Rom,

gelingen, was uns in Genf mißlungen ist.“

Wir fassen zusammen:

„Gleichberechtigung“ bedeutet für die „BBZ“ und ihren Gewährsmann „Rüstungsfreiheit“.

Jede Kriegsächtung unserer Tage fällt für die „BBZ“ unter das Urteil, das sie über eine Beibehaltung der heute gültigen politischen Landkarten hegt und das bekanntlich lautet: Kommt gar nicht in Frage!

Die damit vollzogene Aechtung der Kriegsächtung wird gekrönt durch die Andeutung des Bundesgenossen, unter dessen Beistand Deutschland — nach dem Willen der „BBZ“

Meine persönliche Meinung ist, daß natürlich durch den Freiwilligen Arbeitsdienst die Wirtschaft nicht angekurbelt, noch daß der Arbeitsmarkt wesentlich entlastet wird. (Die jungen Arbeiter können nur 20 Wochen innerhalb von 2 Jahren im FAD beschäftigt werden.) Also grundsätzlich sind wir gegen den Freiwilligen Arbeitsdienst im kapitalistischen Staat. Aber warum sollen wir den FAD nicht in Anspruch nehmen, erstens, um die Jugendlichen in unserem Sinne zu beeinflussen, zweitens, um zu verhindern, daß sie zu den Nazi- und Stahlhelmlagern laufen, und drittens, um ihnen eine kleine Verdienstmöglichkeit zu geben, was wir sonst nicht könnten. Darüber hinaus kann in vielen Fällen, wie in dem unseren, noch ein Stück sozialistischer Arbeit geschaffen werden. Wir tun es ja nicht dem Freiwilligen Arbeitsdienst zu liebe, sondern lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen, was wir auch jederzeit den Bürgerlichen gegenüber verteidigen können. Die Gelder, die dafür aufgewendet werden, stammen doch in der Hauptsache von unseren Steuergroschen. Dadurch, daß wir uns nicht daran beteiligen (natürlich nur in eigenen Arbeitslagern!), schaffen wir den FAD auch nicht aus dem Wege, vor allem nicht bei diesen reaktionären Regierungen. Unser Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht leidet meiner Auffassung nach nicht darunter.“

und ihrer Autoren — die zu erwerbende „Rüstungsfreiheit“ zur Aenderung der „existenten Besitzverhältnisse“ verwendet soll. Das faschistische Italien mit seiner Kriegsbereitschaft und seinem feindseligen Mißtrauen gegen Frankreich ist dazu ausersehen!

Wer dem Herannahen kommender imperialistischer Kriege nicht tatenlos zusehen, sondern den Kampf gegen diese Gefahr aufnehmen will, der wird, wohin er kommt, für Gaschutz zu sorgen haben gegen solches Giftgas, wie Gerland es hier in der „BBZ“ ausbläst.

## Neue Nazi-Terrorwelle.

### Mit Giftgas gegen Warenhäuser.

Der starke Geschäftsbetrieb, der am vergangenen Sonntag auch in Wien herrschte, wurde von einigen antisemitischen Lämmeln zu Angriffen auf Kaufhäuser, deren Besitzer Juden sind, ausgenutzt. In einem Kaufhaus wurde durch die Verbreitung von Tränengas der Betrieb vorübergehend ganz stillgelegt. Die Feuerwehr konnte aber rasch genug für eine hinreichende Durchlüftung sorgen, so daß die Räume wieder benutzbar wurden.

Es ist sicher kein Zufall, daß in dem Augenblick, da die Nachrichten von Meutereien innerhalb der SA immer konkreter werden, von den Nationalsozialisten zur Ablenkung eine neue Terrorwelle ausgelöst wird. Zu gleicher Zeit wie die Tränengasattentate in Wien wurden am vergangenen Sonntag in Gießen in drei Warenhäusern Stink- und Tränengasbomben geworfen, zwei Nationalsozialisten wurden als Urheber der Anschläge verhaftet, gleichzeitig wurden in Mainz in drei Warenhäusern Tränengasbomben von so starker Wirkung geworfen, daß das Publikum und das Personal flüchten und die Feuerwehr eingreifen mußte. Auch in Mainz wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Anscheinend handelt es sich um ganz planmäßige Komplotte, die von den hessischen Nationalsozialisten für Sonntag angesetzt waren, und an anderen Orten, wie Darmstadt und Worms, nur aus zufälligen Gründen nicht zur Durchführung kamen. Die Anschläge sind um so verwerflicher, als sie sich gegen völlig unpolitische und harmlose Personen, vor allem auch Kinder, richten, die bei entstehenden Paniken großen Gefahren ausgesetzt sind. Außerdem hofften die Täter natürlich, bei dieser Gelegenheit den verhaßten Warenhäusern das Weihnachtsgeschäft zu verderben und neue Sympathien bei den davonlaufenden Massen der kleinbürgerlichen Naziwähler zu gewinnen.

Vor diesem Anschlag drängen und schieben sich die Kumpels. Ein jeder möchte recht schnell Gewißheit haben, ob auch er darunter ist, ob auch er das Los der Millionen von Erwerbslosen teilen muß. In aller Eile wird die Reihe der Zahlen und Namen durchflogen. Dann ein erleichtertes Aufatmen, wenn man nicht dabei ist, oder — Hoffnungslosigkeit und Niedergeschlagenheit, wenn man seine Nummer und seinen Namen auf dem ominösen Zettel verzeichnet findet. Es geht auf zehn Uhr, die Gruppe der vor dem Anschlag Stehenden wird zusehends kleiner. Zuletzt steht nur noch ein einzelner davor, ein älterer Mann mit eisgrauem Schnurrbart, von großer, starker, aber schon etwas gebeugter Gestalt. Immer wieder starrt er auf die drittletzte Zeile. „Markennummer 1647, Wenzel, Karl“, steht da.

Seine Nummer — sein Name.

Wohl ein dutzendmal liest er es, kann es immer noch nicht fassen. Auf seinem Gesicht prägen sich Angst, Schrecken, Verzweiflung, Trostlosigkeit, kurz alle Gefühle aus, die ihn bewegen. Nicht weit von ihm, an der Weltblechbude des Portiers, steht ein junger Kumpel im Grubensanzug, beobachtet den Alten. Wie hilflos blickt dieser sich jetzt um, gewahrt den Jungen, winkt ihn heran.

„Du, Kumpel“, sagt er mit einer Stimme, die zittrig wird, „ich kann schlecht sehen. Kuck du doch mal, was da auf der dritten Zeile von unten steht.“

1647, Wenzel, Karl“, liest Günther Gerling laut vor.

„Dem stimmt's also, doch, ist kein Irrtum“, sagt der Alte kopfschüttelnd, schaut Günther mit einem Ausdruck an, der diesen erschreckt und für den Verstand des Alten fürchten läßt. „Vierzig Jahre auf der Zeche Westfalia“, knurrt Wenzel jetzt, „und zum Dank für all die Arbeit wird man jetzt in seine alten Tage auf die Straße geschmissen. Altes Eisen, können wir hier nicht mehr gebrauchen, weg damit, kann krepieren. Ist das richtig, Kumpel? Sag du, ist das richtig?“

„Nee“, sagt Gerling, „ne Gemeinheit ist das. Aber vom Kapital kann man nichts anderes erwarten, und mit dem Kumpel können sie heutzutage alles machen.“

(Fortsetzung folgt.)

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**HOHLEN-KULIS**  
 REVOLTE AN DER RUHR (36)  
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 18

Schwere Lastautos rollen am nächsten und den folgenden Tagen durch die Straßen der Stadt und der Kolonie. Kriegsmäßig bewaffnete Soldaten auf dem Führersitz und an den Seitenwänden, auf dem Dach des Führersitzes ein schußfertiges Maschinengewehr. Das Innere des Autos ist vollgestopft mit Menschen, mit Plünderern. Zu schnell ist der tolle Rausch mühelosen Besitzergreifens verfliegen; die sich gestern noch Herren der Straße und der Stadt wähnten, fühlen sich heute nicht wohl in ihrer Haut. Frauen weinen still in sich hinein, Männer stieren in verzweifelter Wut vor sich hin, wagen nicht auf die Straße zu sehen, wo ihnen hämische und schadenfrohe Blicke der gestern noch sich vor Angst verkriechenden Leute folgen. Verhaftet, abtransportiert zur Weseler Zitadelle. Als erst einige Plünderer verhaftet waren, hatte das Denunziantentum Tür und Tor offen, war es nicht schwer, auch die meisten anderen zu fassen. Alle treten den schweren Weg nach Wesel an, sehen in engen Zellen einer düsteren Zukunft entgegen.

Die Plünderung und die durch sie hervorgerufene Besetzung der Kolonie durch Baltikumer ist der schwerste, der entscheidendste Schlag gegen die Streikenden vor Zeche Rhenania gewesen. Robert Zielinski und die gesamte Streikleitung ist verhaftet worden wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch, wegen der Vorgänge vor der Zeche Morgenstern. Die Streikbrecher fahren nicht mehr auf Morgenstern an, sondern auf Rhenania, und die noch Streikenden sehen sich gezwungen, den Kampf abzubrechen, die Mütze unter den Arm zu nehmen und wegen Arbeit anzufragen an den Schaltern der zuständigen Reviersteiger. Steiger Küpper ist vom Generaldirektor Winkelmann zum Fahrsteiger ernannt worden, ein Anschlag an der Markenkontrolle verkündet dies höhnisch den Kumpels. Nach drei Tagen ist der Aufruhr gebrochen, die

Streikbewegung, die 10 Tage gedauert hat, beendet. Die Männer kehren in Fabriken, Zechen und in die Bahnhöfe zurück. Außerlich zwar ruhig, im Inneren aber von Haß und Unzufriedenheit erfüllt.

Auf Zeche Rhenania ist die Arbeit in vollem Umfange aufgenommen worden, geht alles seinen gewohnten Gang. „Schwarze Diamanten“, in schwerer, mühseliger Arbeit aus dem Schoße der Erde geholt, werden in den Händen der Grubenbesitzer zu Haufen knisternder Banknoten. Schweiß und Blut klebt daran, aber die Herren stört es nicht in ihrem Behagen. Non olet, Geld riecht nicht, ist ihre Parole, wie es schon seit Jahrhunderten und -tausenden die Parole aller Besitzenden, aller von anderer Hände Arbeit Lebenden gewesen ist. Aus dem Schweiß und Blut von Hunderttausenden wachsen herrliche Paläste, elegante Luxusautos, kostbare Geschmeide, die schöne Frauen schmücken. Aus dem Schweiß und dem Blut von Hunderttausenden, die in den Gruben des Ruhrgebiets ein Maulwurfsdasein führen, die den kleinsten Anteil haben am Ertrage ihrer Arbeit, deren Leben aus viel Mühsal und Beschwerden, aber aus wenig Freude besteht.

Schweiß und Blut von Hunderttausenden Bergproleten, Grubensklaven; Schweiß und Blut der schwarzen Armee der Kumpels fließt in Strömen in den ersten Jahren nach dem Krieg im Industriegebiet zwischen Rhein und Ruhr.

2. Buch.

Der schwarze Tod.

Dichtgedrängt stehen Leute der Nachtschicht vor der Markenkontrolle der Zeche Westfalia. Alle starren sie auf einen großen weißen Zettel, der von innen an das Glas des Schalterfensters geklebt ist.

„Wegen weiterer Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten sehen wir uns gezwungen, folgenden Leuten das Arbeitsverhältnis zum 15. d. Mts. zu kündigen.“

Annendorf, den 1. April 1930.

Die Verwaltung der Zeche Westfalia.“

Es folgen 49 Markennummern und Namen, dann die Unterschrift des Betriebsführers und der Stempel der Zechenverwaltung.

# Reaktion und Krise.

## Berichte der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

ITF, Amsterdam, Dezember 1932.

### Der demokratische Vorhang fällt.

Am 3. Dezember hat der Schweizerische Bundesrat angeordnet, daß sämtliche Bundesbeamten (Eisenbahner, Postbeamte und alle Angestellten der Staatsverwaltung), die der Kommunistischen Partei angehören,

bis zum 1. Januar 1933 aus der Partei ausgetreten sein müssen bei Strafe der Amtsentlassung.

So geschehen im Land mit der „ältesten demokratischen Verfassung der Welt“!

### „Reingewinne“ statt Arbeitsbeschaffung.

Das polnische Finanzministerium verlangt von den polnischen Eisenbahnen, daß sie jährlich einen gewissen Betrag abführen, der von vornherein als „Reingewinn“ bezeichnet wird. Da die Eisenbahn in Wahrheit aber schon mit Zuschüssen arbeitet, antwortet sie auf diese Belastung — außer mit dem Druck auf die Lebenshaltung der beschäftigten Arbeiter — nur mit einer Einschränkung ihres Betriebs. Das wichtigste Mittel dazu ist die Kurzarbeit. Im November sind vier bis sechs Tage Feierschichten eingelegt worden, im Dezember sechs bis acht Tage.

### Arbeitszeitverlängerung in Gdingen.

Das Seemant von Gdingen hat dem Polnischen Transportarbeiterverband mitgeteilt, daß die wöchentliche Arbeitszeit der im Hafen beschäftigten Arbeiter von 48 auf 56 Stunden verlängert werden soll. Näheres über den Zeitpunkt und die sonstigen Bedingungen dieser Maßnahmen ist noch nicht gemeldet worden.

### Lohnverhältnisse der deutschen Eisenbahner.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat durchgesetzt, daß im Dezember eine der für die Arbeiter der Ausbesserungswerke angesetzten Feierschichten ausfällt. Viele dieser Arbeiter haben ein Monatseinkommen von 80 bis 90 Mark. In den Siedlungen der Eisenbahn be-

trägt die Miete monatlich 32 bis 40 Mark. Es kommen Fälle vor, daß Familienväter, die für einen sechsköpfigen Haushalt zu sorgen haben, in den Wochen, in denen ihnen die Miete abgezogen wird, mit 50 Pfennig bis 2 Mark nach Hause kommen.

### Lohndruck in Ungarn.

Ein ungarischer Mitarbeiter berichtet: Vor zwei Monaten ist den Arbeitern der Auto-Betriebs-Gesellschaft, die den Autobusverkehr in Budapest in der Hand hat, der bezahlte wöchentliche Ruhetag genommen. Als Gegenwert ist für den Sonntagsdienst ein Zuschlag von 100 Prozent eingeführt worden. Aber diese Einführung hat ihre Haken: Diesen Zuschlag erhalten nur diejenigen, die den vollen Sonntag Fahrdienst tun. Wer teils Fahrdienst, teils Reservendienst hat, erhält für die Fahrstunden 50 Prozent, für die Reservendienststunden nur 25 Prozent Zuschlag. Die Gesellschaft ist außerdem darauf bedacht, am Sonntag möglichst wenig Personal zu beschäftigen, um die Zuschläge weitgehend zu sparen. Die Werkstättenarbeiter haben so ihren bisherigen bezahlten freien Tag ohne irgend einen Gegenwert verloren. Sie erleiden dadurch einen Lohnverlust von 8 Pengö (etwa 6,50 Mark) wöchentlich.

### Arbeitskämpfe der französischen Hafenarbeiter.

In verschiedenen französischen Häfen richten sich die Löhne der Hafenarbeiter nach einem Lebenshaltungsindex, der eigens zu diesem Zweck berechnet wird. Diesen Berechnungen, auf die die Arbeiterschaft kaum einen Einfluß hat, bringen die Hafenarbeiter starkes Mißtrauen entgegen. In jüngster Zeit sind die Indexzahlen in mehreren Häfen erneut herabgesetzt worden. Dadurch fallen die Mindesttagelöhne in Bordeaux von 38 Francs um 1,50 Francs, in Marseille von 38 Francs um 2 Francs, in Le Havre von 40 Francs um 2,50 Francs. In Le Havre ist es daraufhin zur Arbeitseinstellung gekommen. (6 Francs sind etwa 1 Mark.)

der einzige Weg zur Herstellung des inneren Friedens ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung.“

Die Befriedung des deutschen Volkes ist heute das oberste Ziel aller Reaktionäre. Befriedung deshalb nämlich, weil der Kampf der geschlossenen Arbeiterklasse die Machtstellung der heute herrschenden Klasse und das ganze kapitalistische Ausbeutungssystem beseitigen könnte. Deshalb ist für die Verteidigung der Arbeiterinteressen nicht „Befriedung des deutschen Volkes“, sondern Klassenkampf „wichtiger“ und „dringender“.

Es heißt dann weiter: „Wenn sich die Regierung nun wirklich und mit Erfolg um die Arbeitsbeschaffung bemüht, dann nicht aus Liebe zur Arbeiterschaft, sondern um die Wirtschaft zu retten. Die Regierung ist das geschäftsführende Organ des Klassenstaates, und sie steht im Gegensatz zu den Klassenforderungen des Proletariats.“

„Ihr Vorschußflorbeeren zu spenden, liegt mir so weniger Veranlassung vor, als wir keinen Augenblick vergessen, daß sie der Ausschluß der reaktionären Gegner der Arbeiterklasse ist. Wenn es ihr gelingt, durch umfassende Arbeitsbeschaffung die Arbeitslosigkeit wirksam einzudämmen, werden wir ihr die Anerkennung nicht versagen.“

Jeder sachliche Beobachter der Gewerkschaftspolitik wird daraus schließen, daß jene Worte: „Die Regierung ist das geschäftsführende Organ des Klassenstaates —“ nur in den Artikel hineingebracht worden sind, um die der Schleicher-Regierung in Aussicht gestellte „Anerkennung“ und die dadurch bereits tatsächlich „gespendeten Vorschußflorbeeren“ zu verdecken.

### Badische Kirchenverträge doch in Kraft getreten.

Trotz der Beschlüsse der badischen SP auf dem außerordentlichen Parteitag in Offenburg, gegen das badische Konkordat zu stimmen und Fraktionszwang auszuüben, ist es den Linksparteien leider nicht gelungen, die Konkordate in Baden zu Fall zu bringen. Mit geringer Mehrheit wurden die Kirchenverträge in den erforderlichen zwei Lesungen Anfang Dezember vom badischen Landtag angenommen.

Der neue Schnelltriebwagen Berlin—Hamburg ist am Montag zum erstenmal hin und zurück gefahren. Durchschnittsgeschwindigkeit 118 km/Stunde. Der bisher schnellste deutsche Zug, der FD-Zug Berlin—Hamburg, hat eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 96 km/Stunde. Die Nutzlast bei der Fahrt am Montag bestand ausschließlich aus Sachverständigen. Im Januar soll ein achtwöchiger täglicher Probebetrieb beginnen. Nur für Gäste zweiter Klasse! Für solche enthält der Wagen 102 Sitzplätze.

### Sonderveranstaltung für Plivier.

Der Malik-Verlag veranstaltet am Mittwoch, dem 21. Dezember, abends 8 Uhr, Leipziger Str. 54, im Rahmen der Buchausstellung

„Die Welt von heute und morgen“

einen Theodor-Plivier-Abend.

Plivier spricht über die Aufgabe des Schriftstellers und liest aus eigenen Werken. Das Kollektiv der jungen Volksbühne bringt Songs aus „Haifische“ und „Des Kaisers Kulis“.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

## Deutschland ein Kulturland?

### Arbeiter mit geringerem Einkommen als Erwerbslose.

Dem „Deutschen“, der Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften, berichtet ein Tabakarbeiter folgenden, keineswegs vereinzelt dastehenden Fall: Ein Kollege dieses Tabakarbeiters war bis vor kurzem erwerbslos und erhielt in dieser Zeit für seine fünfköpfige Familie wöchentlich 15 Mark (pro Kopf und Tag also die „fürstliche“ Summe von nicht ganz 43 Pfennigen), Sozialbeiträge und Bürgersteuer mußte er während dieser Zeit nicht bezahlen, außerdem erhielt er Fleischmarken. Seit einiger Zeit hat dieser Kollege wieder Arbeit. Er verdient bei 40 Stunden Arbeitszeit noch nicht einmal 14 Mark, davon werden ihm 2 Mark Sozialbeiträge abgezogen, außerdem wurden ihm in einer Woche noch 2,25 Mark Bürgersteuer abgezogen. Es kommen also auf den Kopf der Familie täglich 34 beziehungsweise in der Woche des Bürgersteuer-Abzugs 28 Pfennige! Dem Berichterstatter dieses grauenhaften Kuliens geht es ähnlich, nur daß er statt fünf Personen sieben Personen mit derselben Summe nähren, kleiden und mit Wohngelogenheit versorgen muß, es kommt also auf Person und Tag die Summe von 24 Pfennigen! Der Arbeiter bemerkt dazu lakonisch: „Es ist zum vor-

zweifeln. Kein Wunder, wenn man bei solchen Zuständen kommunistische Gedanken bekommt.“

Diese Arbeiter werden bei gegebener Gelegenheit wahrscheinlich keine Streikbrecherdienste leisten!

### Das Mehr-Webstuhl-System in England.

Nachdem die englischen Weber seit Jahren gegen die Einführung des Mehr-Webstuhl-Systems gekämpft haben, d. h. gegen das System, in dem jeder Weber mehr als vier Webstühle zu bedienen hat, haben sich die Gewerkschaften nun mit den Unternehmern auf Einführung dieses Systems geeinigt. Die genauen Bedingungen des Abkommens sind noch nicht bekannt, bekannt ist nur, daß die Unternehmer mit diesen Bedingungen zufrieden sind.

### Holzarbeiter-Zeitung zur Regierung Schleicher.

F. G. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 31 schreibt:

„Wichtiger und dringender als die gefährlichen Verfassungsexperimente, mit denen sich die Regierung P a p e n getragen hat, ist die Befriedung des deutschen Volkes, und

**Das Haus der guten Schuhe**  
**H. Ebel**  
Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: D 6 Wedding 2358  
Bei Vorzels. d. Inserates 5% Rabatt!

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut / schnell / billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Riederwald  
Engelsplatz 12.

**Sonnenblumen-Öl**  
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.  
5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.  
Kanne 1,— RM Pfand.  
**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg  
Otto v. Guerickestr. 104.

**Oberhemdenstoffe,**  
Tricoline, Flanelle, Oxfords  
günstige Posten Maccotuch  
kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
Scharnweberstr. 16/17.

**Maßarbeit erstklassig und billig**  
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
Berlin-Reinickendorf-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

**C. Lotze**  
Göttingen  
Johannisstr. 2

**Butter**  
**Käse, Eier**  
**Landbrot**

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.

Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
und  
**Reformkleidung**  
**J. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

**Röstkaffee**  
per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.  
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.  
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-scheckkonto: Hamburg 71108.  
**Robert Ziegler, Kaffee-Versand**  
Hamburg 33 / Heidhörn 42.

**Bereits 80 Mark genügen!**  
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**.  
aus erstklassigem Stoff,  
mit bestem Futter,  
in sorgfältiger Maßarbeit.  
Preisänderungen nach oben und auch nach unten,  
je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!  
**R. Schönheit, MAGDEBURG, Lotze**  
Johannisbergstr. 10, III.

**Sprechapparate**  
Koffer + Schatullen + Schränke  
**Schallplatten**  
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen  
Verlangen Sie Angebote!  
**OTTO PFOTENHAUER**  
Wolmar, Röhrstraße 40

**isk**  
7. Jahrgang  
Dezember 1932

**Wohin treibt Deutschland?**  
FRITZ GROB:  
Klassenpolitik u. Parteipolitik.  
HELLMUT RAUSCHENPLAT:  
Deutschland, ein wirtschaftliches Trümmerfeld. Was nun?  
Kriegsvorbereitungen in Deutschland.  
GUSTAV HECKMANN:  
Die Totengräber der Gerechtigkeit.

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.  
Ab 16. Dezember:  
Zwei russische Standardwerke  
**Der Mann, der das Gedächtnis verlor**  
m. Nikifin u. Samonowa / Regie: Fr. Ermler  
**Turksib**  
Die Symphonie eines Aufbaues  
von V. Turin und B. Balász  
Aufanzustellen: 15 17. 19 und 21 Uhr.

Freunde  
und Leser des  
„Funken“!  
**Unterstützt**  
**Eure**  
**Zeitung!**  
Werbt Abonnenten.  
Sammelt Anzeigen!  
Bevorzugt bei Einkäufen  
unsere Inserenten!

**A. JANISZEWSKI**  
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH  
**druckt** Flugblätter,  
Zeitungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen  
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29  
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 5471

**Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung?**  
**Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?**  
Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:  
**Führt Geldreform**  
**aus Kapitalismus und Krise?**  
Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.  
**Von Helene Boyer.**  
52 Seiten. Gehalt 0,40 M.  
Aus den Presse-Urteilen:  
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwandgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.  
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 19. Juni 1932.  
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Geldreform geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln, Gerade darum zehrt die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 165, vom 17. Juni 1932.  
**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a**  
Postcheckkonto Berlin 810 42.

# Schikanen gegen Kommunisten.

Welche Schikanen von Seiten der Polizei gegen die KPD in Anwendung kommen können, so daß die Parteipropaganda in der Öffentlichkeit fast ganz lahmgelegt wird, und ohne daß ein Verbot der Partei selber ausgesprochen werden muß, zeigt die folgende Aufstellung polizeilicher Maßnahmen gegen kommunistische Organisationen und Presseorgane in der allerjüngsten Zeit. (Die Liste kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen, die Wirklichkeit sieht weit schlimmer aus.)

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel verbot den Ruhr-Bezirksparteitag der KPD, vorgeblich, weil sich die Partei geweigert hatte, gegen die Bemalung von Häusern mit kommunistischen Parolen vorzugehen (solche Bemalungen brauchen ja nicht unbedingt von der KP zu stammen, man kann diese daher unmöglich in jedem Fall verantwortlich machen).

Noch raffinierter ging der ebenfalls sozialdemokratische Polizeipräsident Mayer von Stettin vor. Er verbot eine Rede, die auf der geschlossenen Parteitagversammlung des Bezirks Pommern der KP gehalten werden sollte, wegen angeblich „hochverräterischen“ Inhalts. Zur „Überwachung“, daß die Rede nicht doch noch gehalten werde, wurden in die interne Veranstaltung Kriminalbeamte entsandt. Die Versammlungsleitung, die auf Anwesenheit von Spitzeln keinen Wert legte, war daher gezwungen, selber die geplante Veranstaltung aufzulösen.

Kurz vorher war der Bezirksparteitag der KP für Nordbayern in Nürnberg wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verboten worden.

Die gesamte kommunistische Presse Westdeutschlands war für drei Wochen verboten worden; die Begründung des Verbots mitzuteilen, wurde ebenfalls untersagt. Die preussische Regierung hat dann allerdings dieses vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz ausgesprochene Verbot wieder aufheben müssen, und die Zeitungen konnten am Freitag wieder erscheinen.

Die Magdeburger kommunistische „Tribüne“ wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen für fünf Tage verboten, nachdem schon am 30. November in der Druckerei der „Tribüne“ die Rotationsmaschine polizeilich versiegelt worden war.

Am 9. Dezember beschlagnahmte die Berliner Polizei, gleichsam als Auftakt zum „Monat des proletarischen Buches“, den die KP-Verlage veranstalteten, die Volksausgabe des „Kommunistischen Manifests“ von Karl Marx. Nachdem diese verbreitetste Schrift von Marx 85 Jahre unbehelligt erscheinen konnte, war es einer demokratisch-republikanischen Polizei vorbehalten, die Exekution zu vollziehen.

In Köln wurde eine legale Funktionärversammlung der KPD polizeilich aufgelöst und 37 Teilnehmer „vorbeugender Weise“ verhaftet, da angeblich verbotene Kundgebungen geplant waren.

In München wurde am Freitag eine Zusammenkunft der Landobleute der KP, die eine Bauernkonferenz vorbereiten wollten, polizeilich ausgehoben. Gleichzeitig wurde eine Mitgliederversammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus von der Polizei zerstört und sämtliche Teilnehmer verhaftet.

In Bremen verbot die Polizei kurzer Hand die Bezirkskonferenz der Antifa (Kampfbund gegen den Faschismus).

In Groß-Breitenbach in Thüringen wurden bei vielen KP-Mitgliedern Haussuchungen vorgenommen. Etwa 20 Genossen wurden verhaftet. Die Polizei beschlagnahmte bei den Durchsuchungen die handschriftlichen, jederzeit im Buchhandel erhältlichen Broschüren wegen „hochverräterischen“ Inhalts.

In Württemberg wurde bei 50 Ortsgruppen der Roten Hilfe Haussuchungen vorgenommen; das Stuttgarter Bezirkssekretariat wurde allein dreimal durchsucht.

In Erfurt erfolgte eine Polizeiaktion gegen den Arbeiterschützenbund, in dem eine Ersatzorganisation des verbotenen RFB (Rotfrontkämpferbundes) erblickt wird. Zum Protest sind mehrere der verhafteten 29 Kommunisten in den Hunger-

streik getreten. Am 15. Dezember nahm die Erfurter Polizei eine „Überprüfung“ der Erfurter „Ifa-Arbeiter-Kulturwoche“ vor, wobei eine ganze Anzahl „anstößiger“ Schriften und Bilder, darunter mehrere des Malers George Groß, beschlagnahmt oder aus der Ausstellung entfernt wurden.

In Halle an der Saale wurde am vergangenen Mittwoch eine Funktionärbesprechung der „Volkshilfe mit Bestattungsfürsorge“, in der eine Ersatzorganisation des verbotenen proletarischen Freidenkerverbandes erblickt wird, polizeilich ausgehoben und mehrere Personen verhaftet. Unter diesen Verhafteten befindet sich auch der Reichsleiter der „Volkshilfe“ Gasinski aus Berlin. Es wurde zahlreiches Material beschlagnahmt.

An 84 Orten des Regierungsbezirks Merseburg wurden Haussuchungen bei den Ortsgruppen der „Volkshilfe“ vorgenommen.

Alles in allem: der deutsch-republikanische Polizeistaat floriert bereits aufs beste, bevor Herr von Schleicher

seine angedrohte Ausnahmeverordnung gegen die KPD erlassen hat.

Am 19. Dezember wurde in Ketschendorf bei Fürstenwalde bei den Arbeitern Seiniger und Klafki Haussuchung abgehalten, wobei angeblich eine Handfeuerwaffe und „verbotene“ Schriften gefunden wurden. Die beiden Arbeiter waren erst kürzlich wegen Herstellung kommunistischer Flugschriften verhaftet worden.

## Verbot der Erfurter KP-Zeitung.

Das in Erfurt erscheinende kommunistische „Thüringer Volksblatt“ wurde ebenfalls verboten.

## Wieder Verbot einer Thüringer SP-Zeitung.

Die sozialdemokratische „Osthüringer Tribüne“ in Gera wurde aus denselben Gründen von dem nationalsozialistischen thüringer Innenminister Sauckel für sieben Tage verboten, wie die Jenaer SP-Zeitung „Das Volk“, von deren Verbot wir gestern berichteten.

## Reichstageeinberufung noch vor Weihnachten?

Am Montag nachmittag tagte der Aeltestenrat des Reichstages, um über die von den Kommunisten beantragte Einberufung des Reichstages vor Weihnachten zu beraten. Auch die Sozialdemokraten forderten schließlich diese Einberufung des Reichstages, um über die Winterhilfe im Plenum beraten zu können. Die Entscheidung wurde jedoch vertagt bis nach der Stellungnahme des Reichsrats zur Amnestievorlage. Der Reichsrat tritt am Dienstag nachmittag zusammen. Bekanntlich ist die Stimmung der süddeutschen Länder gegen die Amnestie in der vorliegenden Formulierung. Wenn die Amnestie jedoch vor Weihnachten nicht mehr zustande kommt, werden im Aeltestenrat Kommunisten, Sozialdemokraten und Nazis für die Einberufung des Reichstages auf Donnerstag, den 22. Dezember, stimmen. Damit wird die Auseinandersetzung mit der Reichsregierung noch in diesem Jahre akut und die Nazis müssen Farbe bekennen, ob sie die Schleicher-Regierung nun tolerieren oder eine neuerliche Auflösung des Reichstages mit oder ohne nachfolgende Wahlen riskieren wollen!

## Gerüchte um Auflösung des preußischen Landtags.

In Zentrumskreisen wurde, wie gerücheweise verlautet, die Frage einer Auflösung des preußischen Landtags erwogen. Nach Artikel 14 der Verfassung des Freistaats Preußen kann diese Auflösung außer durch eigenen Beschluß des Landtags oder durch Volksentscheid auch von dem Dreimänner-Kollegium des Ministerpräsidenten (zur Zeit Otto Braun), des Präsidenten des preußischen Landtags (dem Nazi Kerrl) und des Präsidenten des preußischen Staatsrats (zur Zeit der Zentrumsabgeordnete Adenauer) vorgenommen werden. Offenbar handelt es sich bei diesen Nachrichten um Versuche, auf die Nationalsozialisten einen Druck auszuüben, damit die Koalition zwischen Zentrum und Nazis doch noch zustande komme, an der sowohl das Zentrum, als auch die Reichsregierung (insofern dies der Kaufpreis für eine Tolerierung Schleichers durch die NSDAP sein soll) interessiert sind. Bei einer Auflösung und Neuwahl müßten die Nazis das Risiko eines weiteren erheblichen Stimmenverlustes in einem entscheidenden Lande auf sich nehmen, von der finanziellen Belastung der Partei durch einen solchen Wahlkampf ganz zu schweigen. Das Zentrum würde in diesem Falle nur profitieren, weil die Nazis gezwungen würden, die Koalitionsbedingungen dann schneller und ohne wesentliche Einschränkungen anzunehmen.

Inzwischen hat jedoch Otto Braun erklärt, er denke nicht daran, für eine derartige Auflösung zu stimmen. Demnach würde es bei der Vertagung bis zum 17. Januar 1933 bleiben.

## Nach den Gewerkschaften die Unternehmer.

Die Ende der vorigen Woche begonnene Aussprache zwischen dem Reichswirtschaftsminister Warmbold und den Vertretern aller Gewerkschaften über eine Reihe aktueller Fragen der Wirtschaftspolitik wurde heute vormittag mit den Vertretern der Unternehmerverbände fortgesetzt.

## Naziüberfall auf Berliner SP-Lokal.

Auf das Parteilokal der SPD und des „Reichsbanners“ in der Kniprodestraße wurde in der Nacht vom Sonntag auf Montag ein Überfall verübt, nachdem kurz vorher eine Sonnwendfeier von SP-Leuten stattgefunden hatte. Die Nazis stürmten das Lokal, besetzten das Telephon (!), schlugen die Einrichtung kurz und klein und verletzten einen im Lokal anwesenden Kriegsinvaliden so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Versuch der Nazis, die Ladenkasse zu plündern, mißlang dagegen. Als das Überfallkommando endlich eintraf, waren die Täter längst in der Nacht verschwunden.

# BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellsfeld.

Name	Ort
Straße und Hausnummer	

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

## Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 wird folgendes verordnet:

**Abschnitt I.**  
**Aufhebung von Vorschriften gegen politische Ausschreitungen.**  
§ 1.  
Folgende Vorschriften treten außer Kraft:  
1. Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsges.-Bl. I S. 397) mit Ausnahme der §§ 22 bis 26.  
2. Die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 (Reichsges.-Bl. I S. 339).  
3. Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 (Reichsges.-Bl. I S. 403).  
4. § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November 1932 (Reichsges.-Bl. I S. 517).

**Abschnitt II.**  
**Vereine und Versammlungen.**  
§ 2.  
(1) Die Polizeibehörde ist befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden.  
(2) Die Beauftragten haben sich unter Kundgebung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben.  
(3) Den Beauftragten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden.  
(4) Wird die Zulassung der Beauftragten verweigert, so kann die Versammlung für aufgelöst erklärt werden.  
(5) Wer als Veranstalter oder Leiter einer Versammlung den Beauftragten der Polizeibehörde die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert oder wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung nicht sofort entfernt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark bestraft.

§ 3.  
(1) Sofern der Zweck eines Vereins den §§ 81 bis 86, 127 bis 129 des Strafgesetzbuches zuwiderläuft, sind für seine nach § 2 Abs. 1 des Reichsvereinsgesetzes zulässige Auflösung die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen zuständig.  
(2) Gegen die Anordnung der Auflösung eines Vereins ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung der Veröffentlichung ab die Beschwerde an einen vom Präsidenten zu bestimmenden Senat des Reichsgerichts zu richten. Die Einlegung der Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.  
(3) Die Beschwerde ist bei der Stelle einzulegen, gegen deren Anordnung sie richtet ist. Diese hat sie unverzüglich der obersten Landesbehörde vorzulegen. Hilft diese der Beschwerde nicht ab, so hat sie sie unverzüglich an den Reichsminister des Innern weiterzuleiten. Der Reichsminister des Innern kann der Beschwerde abhelfen; andernfalls hat er sie unverzüglich dem Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung vorzulegen. Gegen eine Entscheidung des Reichsministers des Innern, die der Beschwerde abhilft, kann die oberste Landesbehörde die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts anrufen.  
(4) Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um die Auflösung ersuchen. Glaubt die oberste Landesbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens, dem Reichsminister des Innern mit und ruft innerhalb derselben Frist die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts an. Erklärt dieser das Verbot für zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen. Eine Beschwerde gegen eine auf Ersuchen des Reichsministers des Innern angeordnete Auflösung kann die oberste Landesbehörde nicht abhelfen.

§ 4.  
(1) Wird ein Verein, weil sein Zweck den §§ 81 bis 86, 127 bis 129 des Strafgesetzbuches zuwiderläuft, aufgelöst, so kann sein Vermögen zu Gunsten des Landes beschlagnahmt und eingezogen werden.  
(2) Zur Vermeidung von Härten kann das Land aus dem eingezogenen Vereinsvermögen Gläubiger des Vereins befriedigen.

§ 5.  
Wer sich an einem Verein, der wegen eines den §§ 81 bis 86, 127 bis 129 des Strafgesetzbuches zuwiderlaufenden Zweckes aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder ihn auf andere Weise unterstützt oder den organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft.

**Abschnitt III.**  
**Periodische Druckschriften.**  
§ 6.  
(1) Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer der in den §§ 81 bis 86, 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuches oder in den §§ 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezeichneten Handlungen begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in anderen Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden. Auf die Zuständigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften des § 3 entsprechende Anwendung.  
(2) Das Verbot einer Druckschrift umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopialblätter der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

§ 7.  
Das Verbot einer periodischen Druckschrift muß ohne sachliche Nachprüfung sofort aufgehoben werden, wenn die Beschwerde nicht spätestens am 5. Tage nach ihrer Einlegung dem Reichsminister des Innern zugeleitet ist.

§ 8.  
Wer eine nach § 6 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

**Abschnitt IV.**  
**Änderungen des Strafgesetzbuches.**  
§ 9.  
Das Strafgesetzbuch ist in folgender Fassung anzuwenden:  
1. Als § 49b wird folgende Vorschrift eingefügt:  
„§ 49b.  
Wer an einer Verbindung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, oder wer eine solche Verbindung unterstützt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.  
In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren. Nach diesen Vorschriften wird nicht bestraft, wer der Behörde oder dem Bedrohten so rechtzeitig Nachricht gibt, daß ein in Verfolgung der Bestrebungen der Verbindung oder Verabredung beabsichtigtes Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann.“  
2. Hinter dem Ersten Abschnitt des Zweiten Teils wird folgender neuer Abschnitt eingefügt:  
„Zweiter Abschnitt.  
Angriffe gegen den Reichspräsidenten.  
§ 94.  
Wer gegen den Reichspräsidenten einen Angriff auf Leib oder Leben (Gewalttätigkeit) begeht, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer den Reichspräsidenten öffentlich beschimpft oder verleumdet. Die Tat wird nur mit der Ermächtigung des Reichspräsidenten verfolgt. Für die Befugnis zur öffentlichen Bekanntmachung gilt § 200 entsprechend.“  
Sind im Falle des Abs. 2 mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.“  
3. Als § 134a wird folgende Vorschrift eingefügt:  
„§ 134a.  
Wer öffentlich das Reich oder eines der Länder, ihre Verfassung, ihre Farben oder Flaggen oder die deutsche Wehrmacht beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung verächtlich macht, wird mit Gefängnis bestraft.“

**Abschnitt V.**  
**Waffenmißbrauch.**  
§ 10.  
Die Geltungsdauer des § 3 des Gesetzes gegen Waffenmißbrauch vom 28. März 1931 (Reichsgesetz-BI. I S. 77) wird bis auf weiteres verlängert.

**Abschnitt VI.**  
**Ueberleitungs- und Schlußvorschriften.**  
§ 11.  
Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern, und zwar, soweit es sich um Vorschriften über das Verfahren vor dem Senat des Reichsgerichts handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz. Er kann, soweit er es für erforderlich hält, Richtlinien für die Handhabung der Verordnung erlassen.

§ 12.  
(1) Diese Verordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.  
(2) Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 (Reichsgesetz-BI. I S. 91) tritt nicht am 31. Dezember 1932, sondern mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

§ 13.  
Verbote periodischer Druckschriften, die auf Grund einer der gemäß §§ 1, 12 Abs. 2 aufgehobenen Vorschriften erlassen sind, treten mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

§ 14.  
Soweit Strafvorschriften durch diese Verordnung aufgehoben oder geändert worden sind, findet § 2 Abs. 2 des Strafgesetzbuches Anwendung.

§ 15.  
(1) Ist jemand wegen einer Tat verurteilt worden, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung nicht mehr strafbar ist, so darf die Strafe nicht vollstreckt werden. Dasselbe gilt für Nebenstrafen und Sicherungsmaßnahmen sowie für rückständige Geldbußen, die in die Kasse des Reichs oder der Länder fließen.  
(2) In den Fällen des Abs. 1 dürfen rückständige Kosten nicht mehr eingezogen werden.

§ 16.  
Enthält eine Gesamtstrafe, die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Verordnung noch nicht verübt ist, eine Einzelstrafe wegen einer Tat, die nach dem Inkrafttreten der Verordnung nicht mehr strafbar ist, oder mehrere derartige Einzelstrafen, so wird der Teil der Gesamtstrafe, der nach dem Verhältnis der verurteilten Einzelstrafe auf die genannte Zuwiderhandlung entfällt, von der Gesamtstrafe in Abzug gebracht.

§ 17.  
(1) Ist jemand wegen einer Tat rechtskräftig verurteilt worden, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung strafbar bleibt, die aber nicht mehr mit einer erhöhten Mindeststrafe oder die mit einer geringeren Mindeststrafe als bisher bedroht ist, und ist die Strafe ganz oder teilweise noch nicht vollstreckt, so kann die Strafe auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder des Verurteilten gemildert werden. Enthält eine Gesamtstrafe eine Einzelstrafe, die hiernach gemildert ist, so ist § 16 entsprechend anzuwenden.  
(2) Die Entscheidung erfolgt nach § 462 der Strafprozeßordnung.

§ 18.  
Vermerke über Strafen wegen solcher Taten, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung nicht mehr strafbar sind, sind auf Antrag des Verurteilten im Strafregister zu tilgen.

§ 19.  
(1) Hat bei Inkrafttreten dieser Verordnung die Staatsanwaltschaft auf Grund des § 18 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 einen Antrag nach § 212 der Strafprozeßordnung gestellt, so kann das Verfahren nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt werden.  
(2) Diese Vorschrift tritt eine Woche nach Verkündung dieser Verordnung außer Kraft.

Berlin, den 19. Dezember 1932.  
Der Reichspräsident von Hindenburg, Der Reichskanzler von Schleicher, Der Reichsminister des Innern Brauns, Der Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner.

# Im Wirtschaftsteil des „Funken“

werden in den nächsten Wochen folgende Aufsätze erscheinen:

1. Zum Jahres schluß werden wir zusammenfassende Berichte über die Wirtschaftslage in einer Reihe von Ländern veröffentlichen; sie sind vor allem von unseren auswärtigen Mitarbeitern geschrieben und sollen unseren Lesern einen Ueberblick geben über den Wirtschaftsverlauf in den wichtigsten Ländern während des Jahres 1932, über Maßnahmen der Arbeiterschaft und Maßnahmen der Regierungen gegen die Krise und, soweit möglich, über die Aussichten für 1933.

2. In Anbetracht der drohenden Kriegsgefahr werden wir die Gefahrenherde der Weltpolitik, soweit sie wirtschaftlicher Natur sind, bloßzulegen versuchen. Der nachstehende Aufsatz verfolgt diesen Zweck. Ein Aufsatz über Indien in Weltwirtschaft und Weltpolitik soll bald folgen.

3. Zur Auseinandersetzung mit Kollektivistensoll vor allem die ausführliche Besprechung der folgenden Bücher dienen: Hermann Remmele: „Die Sowjetunion“; Julian Gumperz: „Die Agrarkrise in den Vereinigten Staaten.“

4. Den Staat als „wirtschaftendes“ Wesen werden wir vorstellen in einem zusammenfassenden Aufsatz: „Der Amtsschimmel schlägt aus“ und in einem Bericht über das „Geschick“, mit dem der Staat den Aufbau einer Berliner Stadtrandsiedlung „gefördert“ hat.

5. Agrarpolitische Fragen werden wir auch künftig nicht vernachlässigen, gerade deshalb nicht, weil städtische

Leser über sie im allgemeinen nur schlecht unterrichtet sind. Nach Abschluß unserer durch das vierwöchige Verbot des „Funken“ unterbrochenen Aufsatzreihe über die Agrarkrise in Frankreich werden Aufsätze über die Landwirtschaft in England folgen.

6. In einer Reihe von fünf „Bausteinen des Wirtschaftswissens“ wird ein Mitarbeiter die technischen Grundlagen der eisenschaffenden Industrie in einer auch für Nicht-Techniker verständlichen Form darstellen; wir hoffen, dadurch manchen Lesern das Verständnis für Probleme der Schwerindustrie zu erleichtern. Ferner sollen demnächst „Daustetne“ über „Zahlungsbilanz“ und „Kapitalausfuhr“ erscheinen.

Ueber dieses Redaktionsprogramm hinaus wird uns die Regierung Schleicher, ebenso wie andere kapitalistische Regierungen, voraussichtlich ausreichend Material zur kritischen Betrachtung liefern. Dabei werden wir allerdings unter den gegebenen Umständen häufig darauf angewiesen sein, daß unsere Leser auch zwischen den Zeilen zu lesen verstehen.

Von diesem kritischen Hintergrund sollen sich nach wie vor abheben: Unsere Forderungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise, auf Kosten der Kapitalisten statt auf Kosten der Arbeiter und Bauern; unsere Forderungen zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Rpl.

## Ölkrieg, Öl und Krieg.

### Persien gegen Großbritannien. Im Hintergrund: Die Sowjet-Union?

Nach einer kurzen Beratung hat der Völkerbund seine Verhandlungen über den Streit zwischen der persischen Regierung und der Anglo Persian Oil Company (kurz: Apoc, auf deutsch: Englisch-persische Petroleum-Gesellschaft) auf Januar vertagt. Der britische Außenminister hatte diesen Generalsekretär des Völkerbundes gebeten, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates zu setzen. Die Anrufung des Völkerbundsrates erfolgte unter Bezugnahme auf Artikel 15, Absatz 1, der Völkerbundsatzung: „Wenn sich zwischen den Bundesmitgliedern eine Streitfrage erhebt, die einen Bruch herbeiführen könnte, ... so kommen die Bundesmitglieder überein, die Frage vor dem Rat zu bringen.“

Es riecht nach Öl.  
Britische Kriegsschiffe werden mit Öl geheizt: Es riecht nach Krieg mit Öl.  
Britische Kreuzer dampfen nach dem persischen Golf: Es riecht nach Krieg um Öl.

#### Vorgeschichte.

Im Mai 1901 wurde einem gewissen Herrn William Knox d'Arcy aus Neuseeland, der als Goldsucher in Australien reich geworden war und sich nun der Oeluche zugewandt hatte, in Persien auf 60 Jahre eine Petroleum-Konzession verliehen. Sie betrifft ganz Persien, mit Ausnahme von fünf an das Kaspische Meer grenzende Provinzen. Der Preis der Konzession bestand in einer einmaligen Barzahlung in Höhe von nur 160 000 Mark und einer Abgabe von 16 Prozent des Gewinns.

1909 wurde die Konzession von der zu diesem Zweck gegründeten Apoc erworben.

Kurz vor dem Krieg erwarb die britische Regierung die Aktienmehrheit. Sie besitzt heute von den insgesamt 13 425 000 Pfund Sterling betragenden Stammaktien 7 500 000 Pfund. Die britische Regierung sicherte sich die Kontrolle über die Konzession im Zusammenhang mit dem Übergang der Kriegsflotte von der Kohlen- zur Oelheizung; Haupttreiber dabei war die britische Admiralität.

Die Apoc baute Eisenbahnlinien und Hafenanlagen in Persien, ferner Petroleum-Raffinerien, davon die entscheidende auf der Insel Abadan im persischen Golf. Die Apoc produzierte im Krisenjahr 1931 insgesamt 5,75 Millionen Tonnen Petroleum; die Produktion für 1932 wird höher, auf 6,5 Millionen Tonnen veranschlagt. Die Apoc beschäftigt 40 000 persische Arbeiter; die Abgabe vom Gewinn spielt im persischen Budget etwa dieselbe Rolle wie in Westeuropa die Einkommensteuer. Kurz:

Die Apoc ist das wichtigste Wirtschaftsgebilde in Persien; ihre Aktienmehrheit gehört jedoch einer ausländischen Regierung.

#### Der Bruch.

Am 27. November hat die persische Regierung nach einer Kabinetts-Sitzung unter dem Vorsitz des Schahs die Apoc davon unterrichtet, daß die d'Arcy-Konzession aufgehoben sei. Gleichzeitig erklärte sich die persische Regierung bereit, mit der Apoc über eine neue Konzession zu verhandeln, „die sich auf die Rechte beider Parteien begründet“. Vorläufig dürfte die Tätigkeit der Apoc unverändert weiter gehen.

Im Konzessions-Vertrag ist kein Kündigungsrecht vorgesehen. Soweit man übersehen kann, handelt es um einen Vertragsbruch von Seiten der persischen Regierung, der nur schwach bemäntelt werden kann.

Die Kündigung der Konzession wurde in der persischen Hauptstadt Teheran geradezu als Nationalfest gefeiert. Die Häuser waren beleuchtet. In Autos fuhren Hunderte von Menschen durch die Straßen, die begeistert Lieder sangen.

#### Geschäft oder Politik?

Zunächst wurde das Vorgehen Persiens vielfach nur als ein taktisches Manöver betrachtet, durch das Persien günstigere Bedingungen für die Konzession herausholen wollte. Die persische Regierung hat schon vor Jahren ihre Unzufriedenheit mit dem ausgezahlten Gewinnanteil zum Ausdruck gebracht. Als die Abgabe für 1930 mit nur 206 000 Pfund Sterling (rund 4,5 Millionen Mark) gegen 1,3 Millionen Pfund im Vorjahr berechnet wurde, weigerte sie sich, diesen geringen Betrag anzunehmen. Die persische Regierung wurde — nicht ohne Grund — dadurch gereizt, daß im Jahre 1931 die britische Regierung von der Apoc als Einkommensteuer einen Betrag erhielt, der doppelt so groß war wie die Gewinnabgabe der Apoc an die persische Regierung.

Der Streitfall hat aber nicht nur eine juristische und eine geschäftliche Seite. Wichtiger ist die politische Seite.

Die Festlichkeiten in Teheran sprechen eine deutliche Sprache. Das Selbstbewußtsein der Perser ist erwacht; die Perser wünschen die volle politische Unabhängigkeit des Landes; die Kündigung der Konzession bedeutet für sie gewissermaßen den letzten Schritt dazu. Einen solchen Schritt hätten die Perser vor dem Weltkrieg sicher nicht gewagt. Sie hätten ihn wahrscheinlich auch heute noch nicht gewagt, wenn sie sich nicht durch die Sowjet-Union gedeckt fühlten, mit der seit 1921 ein wichtiger Freundschaftsvertrag besteht.

Die politische Bedeutung des Streitfalls für Großbritannien ist klar: Das persische Erdöl ist das größte Heizstoff-Reservoir für die britische Flotte außerhalb des atlantischen Ozeans und des Mittelmeeres. Die Apoc ist ein Privatunternehmen, das zu mehr als der Hälfte der britischen Regierung gehört. Ein Leitartikel der „Times“ betonte das Recht der britischen Regierung, ein solches Unternehmen gegen eine „illegale Regierung“ schützen zu dürfen. Das britische Auswärtige Amt hat der persischen Regierung in Aussicht gestellt, daß die britische Regierung Schadenersatzforderungen stellen und weitere „notwendige Maßnahmen“ ohne Zaudern „zum Schutze ihrer unantastbaren Rechte“ ergreifen würde, wenn die Annullierung der Oelkonzession nicht zurückgezogen werde.

Wer erinnert sich nicht an ähnliche Drohungen Japans an China wegen der japanischen Interessen in der Mandschurei?

#### Zufälle? Nein! Kluge Politik!

Ist es Zufall, daß britische Kreuzer nach dem persischen Golf fahren? Daß in Bombay (Indien) stationierte Kreuzer nicht auf ihre Weihnachtsfahrt auslaufen dürfen? Daß eine Anfrage von Landsbury im Unterhaus, ob auch „bewaffnete Maßnahmen“ unter Umständen von der Regierung vorgeschlagen würden, von Baldwin als „hypothetisch“, nicht beantwortet wurde? Daß der Speaker (Präsident) im Unterhaus einen Antrag Landsburys zu dieser Frage als zu unbestimmt unter Berufung auf die Geschäftsordnung zurückwies?

Wenn Großbritannien sich jetzt sofort an den Völkerbundsrat wendet, tut es das nicht am Ende deshalb, um sich eine juristisch und „moralisch“ stärkere Stellung zu verschaffen, als seinerzeit die Japaner bei ihrem Einmarsch in die Mandschurei hatten? Soll die Verhandlung vor dem Völkerbundsrat nicht vielleicht nur dazu dienen, die „notwendigen Maßnahmen“ zum Schutze „unantastbarer Rechte“ in den Mantel des Völkerrechts zu kleiden?

Vorsicht: Es riecht nach Öl!

Vorsicht: Es riecht nach Krieg!

Hellmut Rauschenplat.

#### DÄNEMARK

Eisenbahnen in Konkurrenz mit dem Auto: Bisher war es für eine Gruppe von vier Personen oft vorteilhafter, ein Auto statt der Eisenbahn zu benutzen. Die dänischen Eisenbahnen verlangen trotzdem nicht Maßnahmen zur Drosselung des Autoverkehrs! Sondern sie geben an Gruppen von mindestens vier Personen, die eine Rückfahrkarte für eine Strecke von mindestens 30 Kilometer nehmen, Sonderfahrkarten zu einem Satz, der um ein Drittel unter dem normalen Fahrpreis liegt. — So geht es den Konsumenten bei freier Konkurrenz!

#### LETLAND

Ein Preiskommissar für Lettland. Brüning findet Nachahmer! Er setzte einen Oberbürgermeister zum Preiskommissar ein; Lettland versucht es jetzt mit einem Oberleutnant. Sein Amt wird Preisinspektorat genannt und dem Finanzministerium unterstellt. Es hat nach dessen Weisungen die Preisgestaltung am Binnenmarkt und die Errechnung der Gesteuerungskosten zu überwachen, nötigenfalls auch Richtlinien für die Preissenkung festzulegen. Auf Antrag des Preisinspektors kann der Finanzminister Geldstrafen bis 5000 Lat (4000 Mark) für Preistreiberei verhängen und den Schuldigen das Recht entziehen, Einfuhrgenehmigungen und Devisenzuteilungen zu erhalten. Der Direktor des Handels- und Industrieministeriums hat letzthin im Wirtschaftsausschuß des Parlaments erklärt, daß bisher auf amtliche Veranlassung die Preise für Leder und Papier geregelt werden konnten und demnächst die Notierungen für Eisen und Glas geregelt werden sollen, nötigenfalls auch im Wege der zeitweiligen Zollherabsetzung.

## Durch Bankerott zu niedrigen Preisen!

Bankerotte haben wir wiederholt als Weg bezeichnet, um — unter Kapitalverlusten für Eigentümer und Gläubiger — niedrigere Selbstkosten und niedrigere Preise zu ermöglichen. Wir haben diesen Weg insbesondere für Großgrundbesitz und Schwerindustrie vorgeschlagen. Da die betreffenden Mitglieder der herrschenden Klasse vor dem Bankerott geschützt werden, kann man an ihrem Bankerott die möglichen Folgen von Bankerotten nicht studieren. Ein allerdings verhältnismäßig kleines Studienobjekt bietet die Waldenburger Stickstoffwerke A.-G.

Dieses zum Konzern des Fürsten von Pless gehörende Stickstoffwerk kam im Juni dieses Jahres zur Versteigerung. Der Konkursverwalter hatte den Wert auf 12 Millionen Mark festgesetzt, die Hypothekengläubiger bezeichneten 3 Millionen Mark als angemessen, und das Gericht setzte den Wert auf Grund der Unterlagen auf 7 Millionen Mark fest. Das einzige Gebot, das im Versteigerungstermin abgegeben wurde, belief sich auf 500 000 Mark. Es wurde abgegeben von einer bis dahin unbekanntem Chemischen Handelsgesellschaft „Anorgana“ in Berlin. Die Interessenten zerbrachen sich den Kopf darüber, wer wohl dahinter stehen möge. Auf Antrag der Gläubiger wurde damals der Zuschlag für die nächsten zwei Monate ausgesetzt; vermutlich hofften sie, nach Ablauf dieser Zeit mehr zu erhalten. Diese Hoffnungen gingen trotz einer Terminverlängerung nicht in Erfüllung. Die „Anorgana“ erhielt nun im November den Zuschlag für ihr Gebot. Sie hat damit die Waldenburger Stickstoffwerke zum „Spottwert“ von 500 000 Mark erworben.

Wie berichtet wird, ist die Wiederaufnahme des Betriebes durch zahlungsfähige Interessenten gesichert. Es handelt sich dabei um agrarische Kreise; genannt werden unter anderem der Präsident des Reichslandbundes Graf Kalckreuth und der Minister a. D. Hermes.

Die „Anorgana“ hat für die Fortführung des Stickstoffwerkes freie Hand. Das Werk ist durch seinen Konkurs aus dem Stickstoff-Syndikat ausgeschieden. Es könnte bei voller Beschäftigung wahrscheinlich billiger produzieren als die Syndikatswerke, die nicht voll beschäftigt sind. Wenn das Werk außerhalb des Syndikats bleibt, so wird es gegen die Syndikatspreise allerdings kaum viel ausrichten können, weil es verhältnismäßig klein ist; wenn es Mitglied des Syndikats wird, so wird es aus demselben Grunde innerhalb des Syndikats keinen großen Einfluß ausüben können. Sollte nicht das vielleicht der Grund dafür sein, daß die Interessenten es in diesem Fall nicht verhindert haben, daß ein Industrieunternehmen zum Schrottwert versteigert wird? H. H.

## Vom Autarkie-Fimmel.

Das Hausiererblatt „Das Versandhaus“ schildert in einer seiner neuesten Nummern, zu welchen Blüten der Autarkie-Fimmel bereits führt.

Da steht in der Friedrichstraße, einer Straße in Berlin, mit starkem Fremdenverkehr, ein Händler, der sich „rein deutsch“ gebildet, indem er Hölle und Teufel auf sämtliche ausländischen Waren herabzulassen. Das, das, und nicht, er einen Genickbruch im ausländischen Kraftwagen, dem andern eine widerliche Flechte durch die Gilletteklinge und den Verbrauchern ausländischer Parfüms andere ekel-erregende Dinge. Alles soll nur dazu dienen, den Vorübergehenden klar zu machen, daß man nur deutsche Waren kaufen solle. Was das Händlerblatt zum Schluß über diesen Mann schreibt, dürfte für seine Autarkie-Genossen in der Reichsregierung nicht weniger gelten:

„Als Entschuldigung für den Mann mag gelten, daß er zu töricht ist, zu verstehen, welches Unheil er mit seinen Reden anzurichten vermag, daß er zu unklug ist, die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu begreifen, wie Deutschland genau so ausländische Waren einführen muß, wie es seine Erzeugnisse ausführen will, um so dem deutschen Volke Arbeitsmöglichkeiten zu geben.“

## Zoll auf Wasser! — Tierquälerei.

In einer Versammlung des dänischen Industrieverbandes sprach Generaldirektor Knutzon über das Thema „Eisenbahn und Automobil“. „Berlingske Tidende“, Nr. 317, vom 15. November 1932, bringt in ihrem Bericht über diese Rede folgende interessante Ausführung:

„Der Generaldirektor nannte als ein Glied in dem Konkurrenzkampf von Ferntransportauto und Eisenbahn: Wenn frische, lebende Fische über die französische Grenze gebracht werden, muß Zoll bezahlt werden, sowohl für die Fische als auch für das Wasser, in dem die Fische schwimmen. Wenn das Ferntransportauto an die Grenze kommt, zapft es vorübergehend das Wasser aus dem Fischkasten ab und spart dadurch einen großen Zollobetrag.“ — Und die Fische?

#### DEUTSCHLAND

Wenceslaus-Grube versteigert: Vor dem Neuroder Amtsgericht war die Versteigerung der Wenceslaus-Grube angesetzt. Der Wert der Grube wurde mit 1,2 Millionen Mark angegeben. Allein die Reichsknappschaft, auf deren Betreiben die Versteigerung in Gang gebracht wurde, hat eine Forderung von 1,1 Millionen Mark nebst Zinsen. — Ergebnis: Es wurde kein Angebot abgegeben; das Verfahren wurde von Amtswegen einstweilen eingestellt. Man sieht: Kohlenruben sind heute keine begehrten Artikel!

Zirkus-Tod: Von 48 Zirkus-Unternehmungen, die vor der Krise in Deutschland reisten, existieren heute nur noch 6. (Nach einem Bericht des Internationalen Varieté-, Theater- und Zirkus-Direktoren-Verbandes.)

Ein vernünftiger Beschluß, aus Hoffnung auf Aufhebung des Alkoholverbotes in den USA: Namentlich bayerische Landwirte haben mehrfach eine gesetzliche Kontingentierung der Hopfenanbaufläche verlangt. Sie ziehen ihre Forderung, wenigstens vorläufig, zurück, weil sie auf eine Steigerung des Hopfenexports nach den USA rechnen.

Ein Kreis hilft sich selber: Der Kreisausschuß Wanzleben hat beschlossen, allen Arbeitgebern, die bis zum 31. Dezember Wohlfahrtsarbeiter neu einstellen, die Hälfte der Summe zu geben, die sonst diesen Wohlfahrtsarbeitern ausbezahlt werden würde; die Arbeitgeber müssen die neu eingestellten Arbeiter mindestens vier Wochen beschäftigen, und ihnen Tariflohn zahlen.